

Justiz beklagt „Sparorgien“

Richterbund: Wenn das so weitergeht, ist die Rechtsprechung nicht mehr arbeitsfähig

Von Helmut Kerscher

Dresden – Mit ungewöhnlich heftiger Kritik an der Justizpolitik hat am Montag in Dresden der 18. Deutsche Richter- und Staatsanwaltschaftstag begonnen. „Wir werden schlicht und einfach kaputt gespart“, sagte der neue Vorsitzende des Deutschen Richterbunds, Wolfgang Arenhövel (Osnabrück), in seiner Rede. „Wenn wir so weitermachen wie bisher, ist die Rechtsprechung nicht mehr arbeitsfähig“, meinte er unter Hinweis auf die steigende Belastung insbesondere der Amtsgerichte.

Arenhövel warnte vor „Sparorgien, die dem Finanzminister nicht viel bringen, unserem Gemeinwesen aber einen nicht absehbaren Schaden zufügen“. Die Justiz gehöre nicht zu den Bereichen, in denen Kostenexplosionen aufgetreten seien. Seit Jahren mache der Anteil der Justiz am Gesamthaushalt der Länder nur etwa drei Prozent aus, was für den Bürger pro Jahr einen Steuerbeitrag von

50 bis 55 Prozent bedeute. Wegen hoher eigener Einnahmen liege der Kostendeckungsgrad in der ordentlichen Justiz bei mehr als 50 Prozent.

Ein potenzieller Sparbeitrag der Justiz wäre laut Arenhövel marginal. Diesem stellte er „staatspolitisch gravierende Folgen“ sowie „volkswirtschaftliche Schäden beachtlichen Ausmaßes“ gegenüber. Eine funktionierende Wirtschaft brauche eine funktionierende Justiz. So könnten Handwerker in die Insolvenz getrieben werden, wenn sie eine berechnete Forderung nicht rechtzeitig realisieren könnten. Arenhövel nannte auch das Beispiel einer Mutter von vier Kindern, die mangels rechtzeitiger Durchsetzung ihrer Unterhaltsansprüche den Sozialkassen zur Last falle. Er warnte vor einem „Klein-Klein weiterer Justizentlastungsgesetze“ und forderte eine umfassende Modernisierung auf der Grundlage eines dauerhaften Konzepts. Konkret sprach sich der Chef des Richterbundes für eine „Stärkung der ersten In-

stanz“ und für eine Zusammenlegung von Amts- und Landgerichten aus. Für besondere Materien wie Arzthaftungsfälle oder Banksachen könne man spezialisierte Kammern bilden.

Demgegenüber verteidigte Bundesjustizministerin Brigitte Zypries (SPD) das von ihr vorgelegte Justizmodernisierungsgesetz. Sie verlangte von der Justiz mehr Flexibilität und Reformbereitschaft. Dem notwendigen Reformprozess dürfe sich auch die Justiz nicht entziehen. Der sächsische Justizminister Thomas de Maizière (CDU) stellte den geltenden Instanzenzug in Frage und wies auf den „heiklen Punkt richterlicher Schlechtleistung oder gar vollständiger Leistungsverweigerung“ hin.

Der Menschenrechtspreis des Richterbundes wurde an die Richterin Mariama Cissé aus Niger verliehen. Der frühere Bundesverfassungsrichter Bertold Sommer würdigte den Einsatz der Juristin für die Gleichstellung der Frau und gegen die Beschneidung von Mädchen.

SZ 16.09.03.